

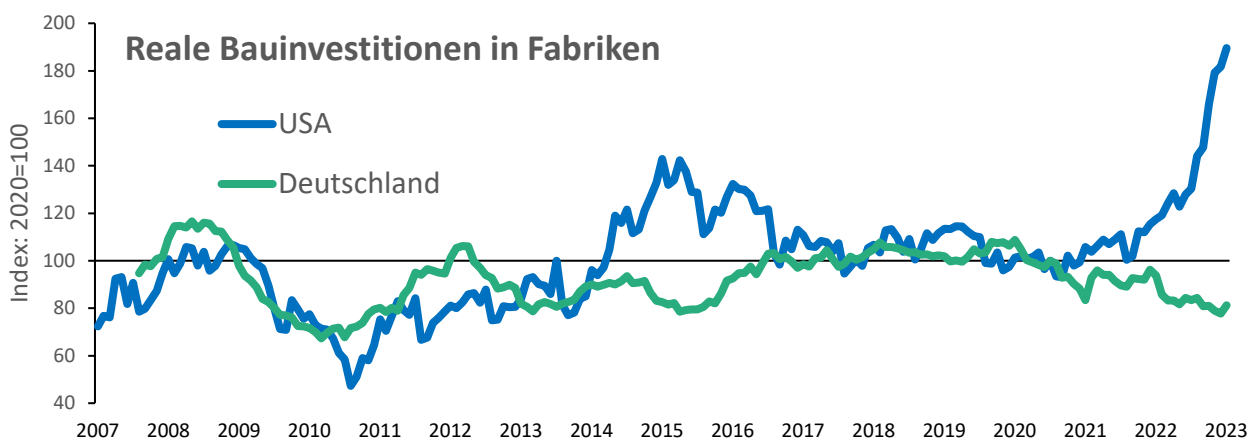
„Bidenomics“ bringt EU-Staaten unter Zugzwang

29. September 2023

Abteilung für Wirtschaftspolitik

Die USA erleben gerade einen ökonomischen Paradigmenwechsel. Erkennbar ist eine Abkehr von traditionellen marktliberalen Prinzipien hin zu einem Politikstil, in dem der Staat eine aktiv steuernde Rolle in der Wirtschaftspolitik einnimmt. Mit dem Infrastrukturgesetz (Bipartisan Infrastructure Bill), dem CHIPS and Science Act und dem Inflation Reduction Act (IRA) setzte die Biden-Administration 2021 und 2022 drei zukunftsorientierte Investitionsinitiativen um, die sich schon jetzt deutlich im Ausbau industrieller Kapazitäten niederschlagen. So haben sich die Bauinvestitionen in Fabrikbauten in den USA seit 2021 inflationsbereinigt mehr als verdoppelt – und das, obwohl auch die US-Wirtschaft von hohen Zinsen und Baukosten betroffen ist. Zum Vergleich: In Deutschland lagen die realen Anlageinvestitionen in den Bau neuer Fabriken 2022 auf dem niedrigsten Stand seit der Rezession Anfang der 2010er Jahre. Europäischen Industrienationen droht ein Rückgang der eigenen Produktionskapazitäten – und damit ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, sollten nicht zügig notwendige standortpolitische Hausaufgaben erledigt werden.

Bauinvestitionen in US-Fabriken zeigen: Re-Industrialisierung ist voll im Gange



Quelle: Destatis, Federal Reserve St. Louis.

Ausgangspunkt für das in der Öffentlichkeit als „Bidenomics“ bezeichnete Politikprogramm ist eine Neu-Interpretation der geopolitischen Verhältnisse durch die US-amerikanische Regierung: Freihandel, wirtschaftliche Integration und Regelbasiertheit seien demgemäß keine geeigneten Mittel mehr, um im globalen Spiel der Mächte bestehen zu können. Oberstes Ziel ist jetzt, bestehende strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und eigene Produktionskapazitäten in wichtigen Zukunftssektoren aufzubauen.

FAZIT: Die subventionsgetriebene Industriepolitik der US-Regierung zwingt europäische Staaten, ihre eigenen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen zu überdenken und deutlich gewordene Schwachpunkte anzugehen: EU-Förderprogramme müssen vereinfacht und bürokratisch entlastet werden. Bei Energieangebot und -infrastruktur braucht es einen zügigen Ausbau. Darüber hinaus müssen Freihandels- und Rohstoffabkommen ausgeweitet werden. Erfolgsentscheidend für all diese Maßnahmen wird sein, ob sie von den EU-Staaten gemeinsam getragen werden, denn nur so lässt sich ein Subventionswettbewerb vermeiden.